



ICKINGER SCHAUKASTEN



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Nachbarn,

vor Ihnen liegt eine neue Ausgabe unserer Ickinger Zeitschrift „Der Schaukasten“, die wir, die SPD Icking, seit über 40 Jahren zweimal im Jahr herausbringen. Wir haben auch diese Ausgabe wieder mit viel Liebe und Engagement erstellt. Das ist natürlich keine vollständige Chronik, aber wir bemühen uns, wichtige Themen aufzugreifen. Dabei möchten wir Ihnen auch unsere Sicht nahebringen. Auch laden wir Sie ein, sich mit uns in Verbindung zu setzen, wenn Ihnen etwas am Herzen liegt, worüber wir berichten sollen.

Wie wir immer wieder feststellen, liegen Gemeindepolitik und unsere Anträge oft gar nicht so weit auseinander (siehe hierzu den Kommentar zum Thema „Rücklagen für Wohnraumbeschaffung“ auf S. 9), und darüber freuen wir uns.

Neue Wege sind geboten, wenn wir uns auf eine sich stark wandelnde Welt einstellen wollen. Das Bestreben der Gemeinde, klimaautark zu werden, zeigt, dass sich auch bei uns etwas bewegt, was vor Jahren noch undenkbar gewesen

wäre. In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine Lanze für die Klimaaktivisten brechen, die uns hartnäckig (und zuweilen erbittert) auf die notwendigen Veränderungen hinweisen. Jugendliche waren lange auf Konsum eingestellt, nun ändert sich etwas. Es ist unvermeidlich, dass die Jugend protestiert,

hat, die sich dort im Pressebüro meldeten. Die Pressefreiheit ist im Grundgesetz verankert, und sie muss verteidigt werden.

Was der Staat entscheidet, passt nicht immer zusammen mit dem, was wir als richtig und zwingend erachten. Eben deswegen sind wir angewiesen auf eine unabhängige Presse und mutigen Protest. Wenn ich erinnern darf: Auch das Festival Woodstock, das wir heute märchenhaft verklären, war eine Protestaktion, nämlich gegen den Vietnamkrieg der USA. Für so etwas braucht es Fantasie, Engagement und die notwendige Zivilcourage. Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 6 u. 7.



Protestaktionen der Jugend

Links: 1969 in Woodstock | Protest auf den Autos, rechts 2022 in Berlin | Protest vor den Autos.

auch wenn uns ihre Methoden oft nicht passen. Ein Unding, dass die bayerische Justiz das Abhören von Telefonen der Klimaaktivisten-Organisation „Letzte Generation“ veranlasst und dabei auch vor den Journalisten nicht Halt gemacht

Ich hoffe, ich habe Ihnen unsere Themen ein bisschen schmackhaft gemacht. Nun wünsche ich Ihnen viele Aha-Momente beim Lesen, aber auch da und dort ein Schmunzeln oder einfach nur gute Unterhaltung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre Dr. Beatrice Wagner
Vorsitzende der SPD Icking



Energiewende in Icking

von Gerhard Jakobi

Es ist noch einmal gut gegangen, die an der B11 von einem Investor beantragte Photovoltaik-Freiflächenanlage (PVFF-Anl.), über deren Installation in der Gemeinderatssitzung am 27.3.2023 und in der Bürgerversammlung am 15.6.2023 beraten wurde, ist zunächst vom Tisch. Das Rad wurde noch einmal zurückgedreht. Die Bürgermeisterin hatte eine inzwischen erzeugte Gesamtbetrachtung zu den möglichen Standorten für PVFF-Anlagen – es handelt sich um 23 entsprechende Flächen im gesamten Ickinger Ortsgebiet – vorgestellt. Damit hat sie einem Teil unseres Antrages an die Bürgerversammlung entsprochen, auf den weiteren Teil wollen wir hier noch zu sprechen kommen.

Widerstand lohnt sich

Der Standort B11 stieß nach Bekanntwerden in der Öffentlichkeit auf heftige Ablehnung eines großen Teils der Bürgerschaft. Es kam sehr schnell zu Bürger-Initiativen und öffentlichen Wortmeldungen die mit stichhaltigen Begründungen und mit leidenschaftlich geführter Argumentation auf die Unverträglichkeit des Projekts mit verantwortungsbewusstem Landschaftsschutz hinwiesen. Besondere Beachtung verdient der sechsseitige sehr fundierte und ausführliche Brief an die Bürger und den Gemeinderat, der von einer Bürgerinitiative um Dr. Michael Hess und Mitsstreiter, der ebenfalls zur Bürgerversammlung vorgelegt wurde.

Aber auch im Gemeinderat zeigten sich Zweifel, ob mit der vorgelegten – allerdings nicht vollständigen – Planung dieser sensible Landschaftsbereich nicht unwiderruflich Schaden nimmt. Und das ohne Not, da mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dieses Grundstück an der B11 nicht zur angestrebten ‚Energie-Selbstversorgung-Ickings‘ erforderlich sein dürfte.

In der Diskussion wurde aber auch sehr deutlich, dass es über die Notwendigkeit zur Gewinnung regenerativer Energie auch in Icking einen breit angelegten Konsens gibt. Das erklärte Ziel, „Icking soll energie-autark“ werden, dürfte von einer breiten Mehrheit anerkannt werden. Wohl gemerkt, auch von der SPD Icking.

Ein Blick in die Vergangenheit

Das Thema der lokalen Erzeugung regenerativer Energie auch in Icking ist nicht so ganz neu. Die Gemeinde hat sich vor vielen Jahren entschlossen, der „Energiewende Oberland“ als Mitglied beizutreten und sich damit den umgebenden Städten und Gemeinden anzuschließen, um gemeinsam nach Wegen zu dem gesteckten Ziel der Energie-Autarkie zu suchen. So hat die Gemeinde begonnen, auf öffentlichen Gebäuden Solarelemente zu installieren und es dabei auf eine beachtliche installierte Leis-

tung gebracht. (Genauere Zahlen sind dem Markstammdatenregister nicht zu entnehmen, da dort nur die PV-Anlagen aufgelistet sind, aber zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Gebäuden nicht unterschieden wird.) Des Weiteren haben viele private Initiatoren ihre Hausdächer mit Solarelementen ausgestattet oder andere Wege zur umweltverträglichen Energiegewinnung gefunden. Nicht zu vergessen ist die private PVFF-Anlage in Walchstadt auf dem Gelände der geplanten aber nicht zustande gekommenen Geothermieanlage.

So verfügt Icking im Moment über eine installierte Leistung von etwa 5,2 MWp – das sind 5.200 kWp – aus Sonneneinstrahlung. Das entspricht also etwa 5,2 MWh oder 5.200.000 kWh pro Jahr aus erneuerbarem Solarstrom. Damit leisten alle erneuerbaren Energiequellen Ickings (nicht nur die Photovoltaik) bereits mehr als 40% des momentanen Strombedarfs.

Ein wichtiger – aber noch nicht der letzte Schritt

Das vorgelegte Ergebnis der Suche nach weiteren, landschaftsverträglicheren Standorten für PVFF-Anlagen auf Ickinger Flur reicht möglicherweise nicht aus, um das angestrebte Ziel einer völligen Unabhängigkeit von fossilen Energien abzuschern. Wir meinen, aus wirtschaftlichen, und besonders aus ökologischen, land-



Links: Das ehemalige Himbeerfeld mit freier Sicht auf die Alpen.

Rechts: Die PV-Freiflächenanlage in Walchstadt. Bauten dieser Art waren auch an der B11 geplant.

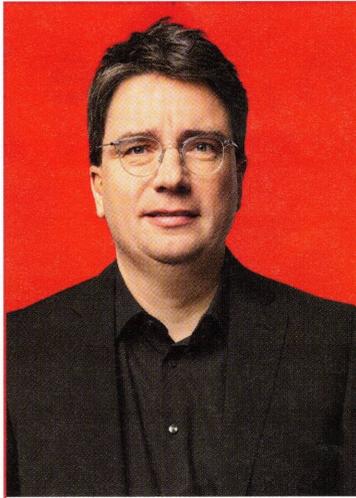


Foto: Maximilian König

Statement

Florian von Brunn

Ich bin seit 1990 in der SPD, weil es mir wichtig ist, aktiv für soziale Gerechtigkeit, gute Bildung, bezahlbare Mieten und die Erhaltung von Umwelt und Natur einzutreten.

Zukunftsfähige Wirtschaft: sozial und umweltfreundlich

Viele Menschen merken, dass es nicht mehr so weitergehen kann: Klimakrise, zunehmende Umweltzerstörung und weltweit soziale Probleme. Wir müssen die Wirtschaft zukunftsfähig machen. Das bedeutet: Wir brauchen eine sozial-ökologische Wende, einen besseren Sozialstaat, die Beseitigung von Fluchtursachen und globaler Ungleichheit, Kampf gegen die Erdüberhitzung und wirksamen Schutz von Umwelt und Natur. Damit auch unsere Kinder eine lebenswerte Zukunft haben.

Miete: Wohnen muss bezahlbar sein!

Wohnen wird immer teurer. Deshalb brauchen wir mehr Mieterschutz, mehr bezahlbare Wohnungen und eine Reform des Bodenrechts.

Gute Schulen und gerechte Bildung

Wir brauchen gute und gerechte Schulen, die alle (!) Talente fördern und in denen alle Kinder faire Chancen haben. Die Schule muss sich an den Bedürfnissen von Schüler*innen und Eltern orientieren.

Faire Bezahlung

Löhne und Gehälter dürfen nicht nur zum Überleben reichen. Alle Menschen müssen an Produktivitätszuwächsen gerecht beteiligt werden. Der Mindestlohn ist nur die Notbremse. Tarifliche Bezahlung und ordentliche sozialversicherte Arbeitsplätze sind Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Gute Renten

Die Rente darf nicht nur zum Überleben reichen. Sie muss den Lebensstandard sichern. Deswegen müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zur Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln.

Gerechte Steuern und öffentliche Daseinsvorsorge

Auch in Deutschland geht die soziale Schere leider immer weiter auseinander. Deswegen brauchen wir ein Steuersystem, das kleine und mittlere Einkommen sowie Familien entlastet. Reiche und Spitzenverdiener müssen mehr beitragen, damit wir in Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge und gute Infrastruktur investieren können.

schaftsgestalterischen Gründen, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die sich für die Installation von PV-Anlagen anbieten. Das sind die immer noch nicht genutzten Dachflächen bestehender Gebäude und andere, bereits versiegelte Flächen, die für die Einrichtung von PV-Anlagen geeignet sind. In diesen Bereich gehört auch der von Gemeinde bisher leider nicht behandelte Antrag der SPD, PV-Anlagen bei Neubauten verpflichtend zu machen.

Die Suche nach geeigneten Standorten für PVFF-Anlagen sollte jedoch unbedingt mit einer Erkundung von geeigneten Standorten für die Nutzung der Windkraft und aller anderen erneuerbaren Energieträger einhergehen. Daran müssten von außen hinzugezogene Fachkräfte beteiligt werden.

Eine so erweiterte Suche würde in einen sogenannten „Energie-Nutzungsplan-Icking“ münden und eine Leitlinie für das weitere Vorgehen darstellen – auch für künftige Investoren in diesem Bereich.

Mit einer solchen Gesamtanalyse aller Möglichkeiten für die Gewinnung regenerativer Energien behält die Gemeinde das Heft des Handelns in der Hand. Und für uns alle gilt, was wir im Energieverbrauch einsparen, muss nicht erzeugt werden.

Volksbegehren „Vote 16“

von Constantin Beier

In Bayern darf man erst ab 18 zur Wahlurne schreiten. Damit ist der Freistaat bundesweit in der Minderheit. In elf Bundesländern dürfen Jugendliche bei Kommunalwahlen schon ab 16 Jahren wählen, in fünf sogar bei Landtagswahlen. Und auch bei der nächsten Europawahl dürfen bereits 16jährige wählen, so ein Beschluss von Bundestag und Bundesrat vom Dezember 2022.



Unter
<https://vote-16.de>
finden Sie die Stellen, an
denen dieses wichtige und
richtige Volksbegehren
unterschrieben
werden kann.

Angesichts dessen ist es überfällig, dass bei den bayerischen Landtagswahlen künftig das aktive Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird. Um das zu erreichen, läuft zurzeit ein Volksbegehren mit dem Namen „Vote 16“, das wir alle ab 18 bis zum 14. Juli 2023 unterschreiben können.

Warum ist das sinnvoll?

Die Jugend gestaltet unsere Zukunft und kann die Fragen von morgen lösen. Sie engagiert sich und nimmt zahlreiche gesellschaftliche Verpflichtungen auf sich. Sie ist ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Sie benötigt daher eine demokratische Beteiligung und eine stärkere parlamentarische Repräsentation. Durch ihre Stimmberechtigung kann das teilweise schwindende politische

Vertrauen der Jugend wiederhergestellt werden. Das Wahlalter ab 16 kann die Demokratie stabilisieren: Je früher junge Menschen in unsere Demokratie integriert werden, desto eher sind sie bereit für diese einzutreten, sich mit ihr zu identifizieren und sie zu verteidigen. 25.000 Unterschriften muss das Bündnis „Vote16 – Wahlrecht ab 16 in Bayern“ sammeln und anschließend beim Innenministerium einreichen. Das Ministerium prüft den Antrag. Sofern es die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens für gegeben hält, kommt es zum eigentlichen Volksbegehren. Hierfür werden nochmal Unterschriften benötigt: zehn Prozent aller Wahlberechtigten. Danach wird im Landtag abgestimmt. Lehnt der Landtag das Begehren ab, kommt es zum Volksentscheid.

Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Icking
Wenzberg 17, 82057 Icking
Webseite: www.spd-icking.de
E-Mail: vorstand@spd-icking.de
Fotos: Eigene und wie angezeigt
Auflage: 1650 Stück, umweltfreundlich und klimaneutral gedruckt
V.i.S.d.P.:
Dr. Beatrice Wagner, 08178 / 907826
Redaktion: Constantin Beier, Peter H. Glas,
Gerhard Jakobi, Dr. Beatrice Wagner.
Autoren wie angezeigt.
Layout: www.Katharina-Schweissguth.de

Wie ist es in Icking um die Nachvollziehbarkeit und Transparenz von Verwaltungsprozessen gestellt? Ist es jenseits der Presseberichtserstattung möglich, Informationen aus erster Hand zu beziehen? Die bisherige Rechts- und Gesetzeslage ist hier im bundesweiten Vergleich eher suboptimal. Dabei macht der Einblick in Abläufe, Unterlagen, Kostenrechnungen, Gutachten und Berichte das Verwaltungsgeschehen nachvollziehbar und sorgt so für mehr Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat. Zahlreiche deutsche Bundesländer haben in den letzten Jahren sog. „Informationsfreiheitsgesetze“ erlassen. Diese machen bei ihren Behörden befindliche Dokumente und Unterlagen zugänglich und einsehbar. Für Bundesbehörden gilt seit 2006 das Bundesinformationsfreiheitsgesetz mit derselben Zielsetzung. Dabei handelt es sich jeweils um ein voraussetzungsloses „Jedermannrecht“.

Solche Informationsfreiheitsgesetze erfüllen einen wichtigen verfassungsrechtlichen Auftrag: In Artikel 20 des Grundgesetzes sind das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip verankert. Aus diesen folgt unter anderem das Gebot zur Publizität und Transparenz staatlichen Handelns (was z. B. auch in der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen oder Gemeinderatssitzungen zum Ausdruck kommt).

In wenigen Bundesländern – darunter leider auch Bayern – gibt es bislang noch keine solchen Informationsfreiheitsgesetze. Dabei gebieten das sowohl das Grundgesetz als auch die bayerische Verfassung wegen der in ihnen enthaltenen oben genannten Prinzipien.

Daher haben bislang etwa 80 Kommunen in Bayern – als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung – den Zugang zu ihren amtlichen Informationen im Interesse der Transparenz, Publizität und Bürgernähe durch den Erlass von sog. Transparenz- und Informationsfreiheitssatzungen geregelt.

So kann sich die interessierte Bürgerschaft vergleichsweise niederschwellig Informationen verschaffen, die bei der Gemeinde gesammelt werden. Das macht die Arbeit der Gemeindeverwaltung transparent und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in deren Arbeit. Kommunalpolitische Entschei-

dungen werden für alle nachvollziehbar. Mit einer näher am Menschen orientierten und offenen Verwaltung können sie sich besser identifizieren. Die allgemeine politische Mitbeteiligung wird attraktiver, und das ist ja ganz im Sinne einer Demokratie.

Die Bayerische Verfassung und die Gemeindeordnung räumen den Gemeinden den Erlass solcher Satzungen für ihren eigenen Wirkungskreis, d. h. die Belange der örtlichen Gemeinschaft ein. Dazu gehören unter anderem:

- Fragen zur Verwaltung des Gemeindevermögens/gemeindliche Kosten, Ausgaben und Investitionen
- Örtliche Verkehrsplanung, Straßen- und Wegebau
- Ortsplanung
- Örtliche Kulturpflege, Volksschulwesen, Erwachsenenbildung
- Örtliches Gesundheitswesen
- Erhaltung ortsgeschichtlicher Denkmäler und Bauten.

Selbstverständlich sind dabei nicht ausnahmslos alle Daten freigegeben. Auch schutzwürdige Interessen der Betroffenen und der Verwaltung, die gegen eine Freigabe von Informationen sprechen, finden als Ausnahmetatbestände Berücksichtigung: Personenbezogene Daten,

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie besondere öffentliche Belange dürfen nicht offengelegt werden.

Neben Großstädten wie München, Nürnberg, Augsburg oder Passau verfügen Wolfratshausen, Bad Tölz, aber auch kleinere, größtmäßig mit Icking vergleichbare bayerische Gemeinden, wie Röttenbach bei Erlangen oder Bodenmais bereits über solch eine Informationsfreiheitssatzung.

Gerade als kleinere Gemeinde könnte Icking hier, nach den Städten Bad Tölz und Wolfratshausen, in Sachen gemeindlicher Informationsfreiheit, bürgerefreundlicher und offener Verwaltung im Landkreis Bad-Tölz-Wolfratshausen eine Vorreiterrolle übernehmen. Icking sollte von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen und so noch größere Anreize für Mitbestimmung schaffen. Wir erachten den Erlass einer solchen Informationsfreiheits-/Transparenz-/Bürgerbeteiligungssatzung als sinnvollen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in die politischen und administrativen Entscheidungen in Icking. Wir werden einen entsprechenden Entwurf ausarbeiten und freuen uns auf eine konstruktive Diskussion darüber mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie im Gemeinderat.

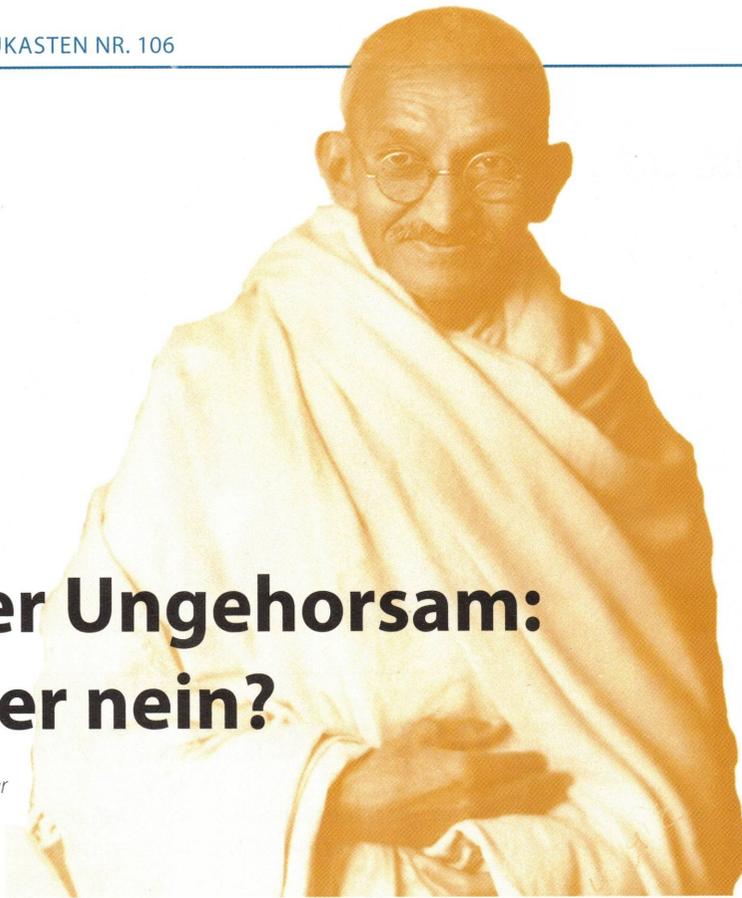
mit freundlicher Genehmigung von Gerhard Meister



Transparenz erwünscht

Plädoyer für ein „gläsernes Rathaus“ in Icking, denn das schafft Vertrauen und fördert die Mitbestimmung.

von Constantin Beier



Ziviler Ungehorsam: ja oder nein?

von Beatrice Wagner

Darf man als Mitglied einer politischen Partei zu zivilem Ungehorsam aufrufen? Diese Frage hatte uns unsere Bürgermeisterin im Rahmen eines Grußwortes an die SPD kritisch gestellt. Wir greifen den Ball auf.

Worum ging es? Es war eine Diskussion über die erhöhten Wassergebühren vorausgegangen, unter denen besonders die Bauern zu leiden hatten. Hier für ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen, ist per Landesgesetz verboten. Dass sich die Gemeinde dagegen mit „zivilem Ungehorsam“ zur Wehr setze, war einer der Vorschläge der SPD Icking. Mit ihrer Grußwortfrage machte uns die Bürgermeisterin deutlich, was sie davon hält. Des Weiteren interpretiere ich ihre Frage auch als Vorwurf, nämlich, dass es unseriös sei, nicht den politischen Weg über Anträge und Petitionen zu gehen.

Meine erste Reaktion war Empörung. Wo kämen wir denn hin, wenn wir gegen ungerechte Gesetze und Politik nicht mehr aufbegehren könnten? Immerhin setzten einige der einflussreichsten Menschen aus unserem Zeitgeschehen zivilen Ungehorsam ein: Der Philosoph Henry David Thoreau rief in

seinem gleichnamigen Aufsatz im Jahr 1849 dazu auf, keine Steuern mehr zu zahlen, bis die USA erstens ihren Expansionskrieg gegen Mexiko und zweitens die barbarische Sklaverei einstelle. Indiens Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi rief zum Boykott gegen die Produkte der Briten auf, um sein Land von deren Herrschaft zu befreien. Die jüdische Philosophin Hannah Arendt hat den zivilen Ungehorsam als politische Handlungsform verteidigt, ebenso Jürgen Habermas, der ihn als Zeichen einer gefestigten Demokratie verstand. Edward Snowden ist dafür ins Exil geflüchtet, Julian Assange befindet sich in Haft.

Die Methoden des zivilen Ungehorsams sind unterschiedlich. Neben Steuerboykott und Gesetzesübertretungen ist auch das Festkleben auf Autobahnen Ausdruck eines Aufbegehrens gegen die herrschende Gesetzgebung und somit eine Form von zivilem Ungehorsam.

Nun hat sich unserer Bürgermeisterin ja nicht generell gegen den zivilen Ungehorsam ausgesprochen, sondern nur, wenn Politiker – worunter sie auch Lokalpolitiker im Ehrenamt subsummierte – ihn praktizieren. Also bleibt die Kernfrage: Darf eine SPD-Ortsvorsitzende nun zum zivilen Ungehorsam aufrufen oder ist es ihr per Amt verboten?

Nach langem Überlegen bin ich zum Schluss gekommen: Ja, sie darf. Aus zwei Gründen:

- 1 Ich bin zuallererst Bürgerin und erst danach SPD-Ortsvorsitzende. Als Bürgerin habe ich ein Gewissen, das über Falsch und Richtig befindet. Wenn mein Gewissen den herrschenden Gesetzen zuwiderläuft, muss ich etwas dazu sagen.
- 2 Auch als lokalpolitisch engagierte Person muss ich mein Gewissen nicht an den Gesetzgeber abtreten. Es gibt für mich in dieser Position auch keinen Fraktionszwang.

Ziviler Ungehorsam dient ja nicht dem Eigennutz, sondern ist einem höheren Ziel untergeordnet. Die o.g. Menschen haben sich eingesetzt gegen ungerechte Gesetze und Politik, gegen Gewalt und Unterdrückung, für Natur- und Klimaschutz, gegen Krieg und für Frieden, für Bürgerrecht und Gleichberechtigung. Hier in Icking war es u. a. das Gerechtigkeitsempfinden gegenüber den Bauern, die viel Wasser für ihre Kühe brauchen. Der zivile Ungehorsam – d. h. den Wasserpreis gesetzeswidrig für sie zu ermäßigen – wäre ein Mittel gewesen, um auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuführen.

Fairerweise muss ich nun sagen, dass die Gemeinde den Dialog mit den Bauern aufgenommen und eine Lösung gefunden hat. Und trotzdem gebe ich die Eingangsfrage zurück, mit allem Respekt: Sollte eine politische Gruppierung, die sich selbst als Unabhängige Bürgerliste Icking (UBI) bezeichnet, nicht freier und selbstbewusster der Landesregierung entgegentreten, vor allem, wenn es um Gesetze geht, welche die Situationen der Gemeinden auf dem Lande ignorieren? Man könnte hier ja auch vor den bayerischen Verfassungsgerichtshof gehen. Das wäre der demokratische Weg.

„Mein Großvater Karl Glas tut seine Pflicht.“

Dieses sehr besondere Foto stellte uns unser Mitglied Peter H. Glas zur Verfügung. Die Aufnahme ist 1941 wohl in Südfrankreich entstanden. Dort war Peters Großvater als Cellist in einem deutschen Militärorchester eingesetzt. 1943 kam er dann für sein wiederholt lautstarkes Eintreten für sozialdemokratische Werte und die der damaligen SPD sowie für sein öffentliches Wettern gegen die Nationalsozialisten ins KZ-Dachau. 1957 ist Großvater Karl gestorben, auch an den KZ-Spätfolgen.



Das politische Buch

Jeremy Rifkin
„Das Zeitalter der Resilienz. Leben neu denken auf einer wilden Erde.“
 Campus Verlag Oktober 2022

Der Ökonom Jeremy Rifkin zeigt, wie wir durch unser Wachstums- und industrielles Effizienzdenken die Erde in Besitz genommen und uns an den Rand des ökologischen Untergangs geführt haben. Er erläutert anhand vieler wissenschaftlicher Beweise, dass wir uns zwangsläufig an eine Welt mit Dürren, Waldbränden, Klimaextremen, Artensterben, Pandemien anpassen müssen (= resilient werden), um zu überleben. Er stellt aber auch in Aussicht, dass wir, wenn wir uns ändern und uns

künftig als Teil des Ökosystems begreifen, anstatt es ausbeuten, eine Chance haben, das Leben auf der Erde zu erhalten. Ich wünsche diesem brillanten Buch viele viele Leser.

Wolfgang Bambuch

Diskussionen über diese und andere Themen führen wir auch in unseren OV-Sitzungen. Was liegt Ihnen am Herzen? Können Sie doch vorbei und reden mit uns. Sie sind herzlich willkommen.

Nächste Sitzung:
 Mi, 2.8.2023 um 19.30 Uhr im Rittergüt!

Was macht der Seniorenbeirat im Landkreis?

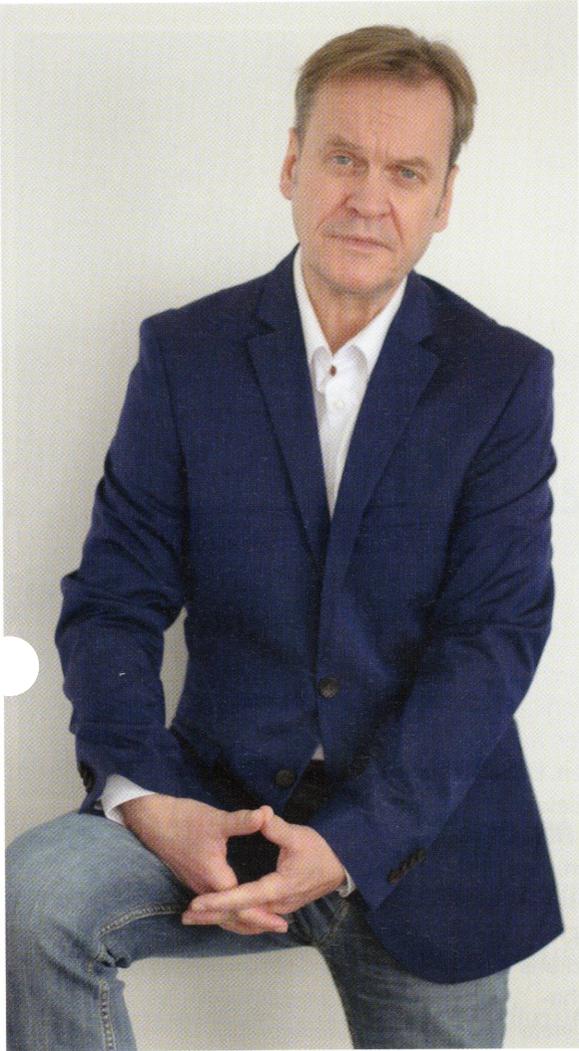
Von Wolfgang Bambuch

Der Seniorenbeirat (Synonym: Seniorenvertretung) ist eine Einrichtung auf der Landkreisebene, um die Anliegen der Seniorinnen und Senioren zu vertreten. Er berät in erster Linie den Kreistag, der die Seniorenarbeit als eigene (nicht-staatliche) Angelegenheit wahrnimmt. Der Seniorenbeirat nimmt u. a. Einfluss durch Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen an Behörden und Organisationen und durch die aktive Mitarbeit am seniorenpolitischen Gesamtkonzept. Die Presse wird zu seinen Sitzungen eingeladen, was während der Coronapandemie allerdings häufig scheiterte.

Der Seniorenbeirat wurde 1999 durch einen Kreistagsbeschluss ins Leben gerufen. Die Initiative dazu kam von meinem Freund Rupert Englbrecht (SPD) und wurde mit Engagement vom damaligen Landrat Manfred Nagler (CSU) aufgenommen. Es war also eine gelungene überparteiliche Zusammenarbeit.

Gewählt wird alle 3 Jahre. Die Wahl erfolgt durch Beschlüsse der Delegierten-Versammlung. Das sind 30 Stimmberechtigte aus folgenden 6 Formationen:

- sozialbetriebliche Seniorenorganisationen
 - sonstigen Seniorenorganisationen
 - engagierten Einzelpersonen und
 - aus dem Kreis der Seniorenbeauftragten der Gemeinden und Städte.
- Der Initiator Rupert Englbrecht war der erste Vorsitzende des Seniorenbeirats. Auf ihn folgte Hermann Lappus, der jetzt in Zusammenarbeit mit Christiane Bäumler – als vom Landratsamt gesandtes beratendes Mitglied des Seniorenbeirats – die Geschäfte führt. Ich selbst war von 2010 bis 2016 Mitglied und parallel dazu, insgesamt 9 Jahre Seniorenbeauftragter der Gemeinde Icking.
- Bewohnervertreter von organisierten Wohnformen (z. B. Senioren-WGs)
 - Seniorentreffs und -clubs



Wieder auf dem Land

Eine Betrachtung von Peter H. Glas

*Ich bin wieder auf dem Land, nach langer
Absenz. Seit dem letzten Sommer bin ich wieder
im Ländlichen meiner Heimat angekommen,
und dieser Ort mitten im schönsten Oberbayern
und viele Menschen hier haben mir das
Ankommen leicht gemacht.*

Selten bin ich – gelernter und geborener Oberbayer, getaufter Katholik und praktizierender Christ, und gefühlt schon immer bei der SPD – von verschiedenster Seite so liebenswert, offen, aufrichtig, und ganz dem oberbayerischen „Leben und Leben lassen“ entsprechend, auf- und angenommen worden, wie in meinem Wohnort Dorfen, in Icking und Umgebung. Dafür bin ich dankbar und sehr froh darüber.

Einiges war natürlich neu, vieles auch sehr vertraut, wie eh und je. So erlebe ich bei einigen näheren Begegnungen und in Gesprächen eben auch Äußerungen wie diese: „Wos? Wo bist Du? Wo bist Du dabei? Bei de Rotn vo da SPD? Ja sog amoi, spinnst Du? I hob eigentli denkt, dass Du a ganz a vernünftiger normaler Mensch bist. Oba bei da SPD? Oh mei oh mei.“



Wos? Wo bist Du? Wo bist Du dabei? Bei de Rotn vo da SPD? Ja sog amoi, spinnst Du?

Ich bin also wieder da, hier auf dem Land. In München und an anderer Stelle hatte ich das so schon länger nicht mehr gehört, habe es regelrecht vermisst, und da war es wieder.

Rot. Die Sache mit dem Markenzeichen unserer SPD. Im Gegensatz zu einem vermeintlich sich selbsterklärenden Grün bei den Grünen für Naturschutz zum Beispiel, haben wir da wiederholt unsere liebe Not, denn letztlich gibt es als Äquivalent keine „rote“ Politik, und der Erklärungsbedarf treibt dann stets neue, aber typische Blüten.

1963, da war ich ein Jahr alt, machte ein für diese Zeit nicht untypischer Reporter des Bayerischen Fernsehens Hans-Jochen Vogel gegenüber auf der Salva-

torprobe am Münchner Nockherberg die schon recht anzügliche Bemerkung: „Herr Oberbürgermeister, Sie ham ja scho an ganz roten Kopf. Soi aber keine anzügliche Bemerkung sein.“ – „Also Rot ist für mich gar keine anzügliche Farbe“, kam trocken und unvergleichlich in seiner unvergessenen Art von Vogel zurück. 1993, also 30 Jahre später, bin ich dann endgültig, vor allem auch wegen Hans-Jochen Vogel und seinen Ansätzen, seinem Politikstil, seiner ganzen Arbeit einfach, in die SPD eingetreten und habe unzählige Male solche Situationen erlebt.

Auch hier vor Ort lässt einen das nie wirklich los.

Eigen ist das. Weiterhin. Hat doch die SPD für unser Land im besten Sinne wiederholt prägende Politikerinnen und Politiker und echte Heldinnen und Helden der deutschen und ebenso der bayerischen Geschichte gestellt. Und einige bemerk-

kenswerte Bundeskanzler. Jetzt versucht Olaf Scholz ein guter Kanzler zu sein, in der ihm eigenen Art und in bewegten, enorm schwierigen und fordernden Zeiten. Letztlich hält er den Laden vernünftig zusammen und das Land mit Augenmaß auf Kurs. Dafür haben ihm und der SPD nicht wenige in ganz Deutschland ihr Vertrauen geschenkt.

Das kann sich alles sehen lassen, ist doch was.

Immer und überall hat mich ein großer Gerechtigkeitssinn umgetrieben und ein von klein auf gelebtes Eintreten für andere, denen es nicht so gut geht gerade. Auch war mir der Schutz von Natur und Ressourcen immer schon ein großes Anliegen. Und nicht zuletzt habe ich in Bayern gerade auch in der SPD viele besonders tapfere und tüchtige Menschen erlebt und da waren so einige bayrische Urviecher und außergewöhnliche Persönlichkeiten dabei, die verschmitzt und gewitzt die in Bayern eigentlich tief verwurzelte Sozialdemokratie unbeirrt über Stammtischhoheiten und Tellerränder hinweg durch die Zeiten trugen – so wie eben auch mein in höchstem Maße verlässlicher Held Hans-Jochen Vogel.

Schön, dass ich ihm persönlich begegnen konnte.

Nunmehr hier angekommen, sage ich mir jeden einzelnen Tag: lasst uns vor allem und unbedingt auf diese sehr besondere, wunderschöne Landschaft gut aufpassen. Bereits vor 100 Jahren sind die Betuchten und Künstler ihretwegen nach Icking und Umgebung gepilgert, und der Sehnsuchtsstrom in diese noch nicht durchgehend versiegelte Landschaft hinein lässt nicht nach. Wir müssen gut sorgen für das Juwel.

Und wenn das nicht immer und nicht jedem leicht erscheint, sollten wir sehr auch hier bei uns gemeinsam die Hände ausstrecken, um den Neubürgern und

auch den Geflüchteten zu helfen sich bei uns zurechtzufinden.

Also Rot ist für mich gar keine anzügliche Farbe

Freuen wir uns über unsere großartige Kunstszene, unsere Ausstellungen, Ateliers, die hochkarätigen Klassikkonzerte, ein Zelttheater, das Theater-Abo „Brotzeit und Spiele“ oder die „Gesellschaft unterm Apfelbaum“, das Vereineheim Dorfen, die vielfältige Gastronomie und die vielen aktiven Vereine, Initiativen und Angebote, um nur einen Teil herauszugreifen.

Da ist so vieles gelungen. Darauf kann eine so kleine Gemeinde unglaublich stolz sein.

Dennoch findet man sich oft als einsamer roter Rufer – meist handverlesenes Mitglied einer der wackeren SPD-Ortsvereine wie unserem Ickinger – in der einen oder anderen Wüste wieder. Direkt aus unserem Ortsverein wurden und werden von den kundigen und engagierten Mitgliedern die differenziertesten, bestens ausgearbeiteten Vorschläge, die nachvollziehbarsten Anträge eingereicht, die ehrlichsten Feststellungen vorgetragen, es wird den notwendigsten Herausforderungen hartnäckig und mutig zugleich nachgegangen. Nur: kommt es von der SPD, gilt es oft schon deswegen nichts.

Das ist mühsam.

„Is a ollawei so ganga, ohne die roten Debattierer. Weads a weida so geh.“

Nein, das muss es durchaus nicht. Sinn macht unser aufmerksames Korrektiv von SPD-Seite zu jeder Zeit.

Lasst uns für unsere Gemeinde versuchen, einander zu verstehen und gegenseitig zu helfen, damit wir gemeinsam die richtigen Lösungen finden, die herrliche Kulturlandschaft um uns herum zu erhalten und das, was an eingefahrenen Wegen ungut ist, in Zukunft zu vermeiden! Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit sollten wir



Gut Ding will Weile haben

Zum Thema „Wohnungsbau zu sozialverträglichen Konditionen“ lag dem Gemeinderat am 15.7.2021 ein Antrag der SPD Icking zur Abstimmung vor. Es ging, kurz gesagt, darum, ab dem Haushalt 2022 jährlich einen bestimmten Betrag zurückzulegen, um damit ein Guthaben anzusparen, das dann für Grundstückskäufe oder die Förderung von Wohnraumschaffung im Altbestand verwendet werden kann. Dem war im Februar 2019 ein Antrag vorausgegangen, der eine „Förderung zur Nutzbarmachung baulicher, derzeit ungenutzter Altsubstanz durch die Gemeinde“ verlangte. Beide Anträge wurden von der Mehrheit des Rates abgelehnt.

Wie schön, dass in der letzten Haushaltsberatung des Gemeinderates beschlossen wurde, in den Haushaltsjahren 2023 bis 2026 für Wohnungsbau 3,4 Mio. € vorzusehen. „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt ...“ heißt's bei Schiller.

Gerhard Jakobi

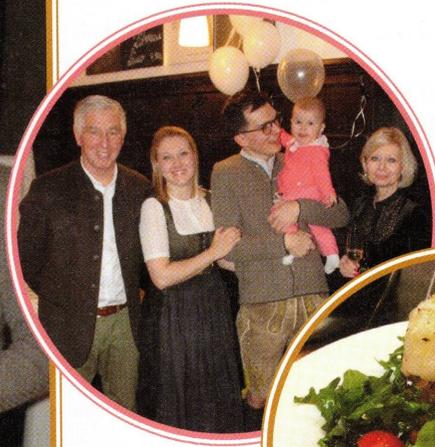
dabei noch viel deutlicher zusammen und nach vorne bringen.

Ich versuche, meinen kleinen Teil dazu beizutragen, freue mich sehr auf das Miteinander und einfach darüber, wieder auf dem Land und hier an diesem besonderen Fleck sein zu dürfen.

Stabübergabe im Klostermaier

Ein Interview mit der neuen Chefin Katharina Vogl

von Beatrice Wagner



Wenn man ins Gasthaus Klostermaier eintritt, duftet es nach Rosen und man blickt in das strahlende Gesicht von Katharina Vogl, die im Januar 2023 die Geschäftsführung von ihrer Mutter Karin Schmid (geb. Klostermaier) übernommen hatte. Wie mag man sich die 31jährige junge Mutter einer einjährigen Tochter im Gespräch vorstellen, welche nun die Verantwortung für diesen großen und renommierten Betrieb – Landgaststätte und Hotel mit insgesamt 65 Mitarbeitern – trägt? Dies wollten wir wissen und haben uns auf der schönen Sonnenterasse verabredet, bei prächtigstem Sommerwetter mit Bergblick.

Ja also, dem Strahlen nach zu urteilen, scheint die neue Verantwortung keine unliebsame Last zu sein. Vielmehr kennt Katharina Vogl ihre Aufgaben, denn sie ist sozusagen in die Gastronomie hineingeboren worden. Gaststätte und Hotel, früher „Gasthaus zur Post“, befinden sich in vierter Generation in Familienhand. Die Oma hatte zwar nach dem frühen Tod des Opas den Betrieb nicht selbst weitergeführt, doch Katharina hat alle Pächter mitbekommen. Nach ihrer Ausbildung im berühmten Platzl Hotel in München hatte sie noch gar nicht an die eigene Selbstständigkeit gedacht. Diese erlebte sie erst in der Verbindung mit ihrem heutigen Ehemann Korbinian Vogl, denn er leitete in München das Szenecafé Birdie. Das gaben sie 2016 auf und zogen gemeinsam nach Rosenheim, um dort das eingesessene Flötzinger Bräustüberl zu übernehmen, weswegen es im Kloster-

maier auch das feine Flötzinger Bier zu trinken gibt. Und so ging es weiter: Hinzu kamen in Rosenheim das Irish Pub (eine Studentenkneipe), die Nachtapotheke (eine Bar) und der Almrausch (ein Eventcatering für bis zu 25.000 Leute). Und jetzt, als fünfter Betrieb, das Klostermaier. Wie machen sie das, bei all dem Fachkräftemangel, von dem überall zu lesen ist? „Das ist das Hauptproblem“, so Katharina Vogl, „deswegen bilden wir unsere Fachkräfte selbst aus.“ Das Klostermaier wurde von der IHK als Topausbildungsbetrieb ausgezeichnet. 10 Azubis gibt es zurzeit. Die Hoffnung der Chefin: „Dass es denen bei uns so gut gefällt, dass sie bleiben.“

Und wie ist es eigentlich damit, dass man selbst arbeiten muss, während Freunde und Bekannte einkehren, es sich gut gehen lassen und bedient werden wollen? Katharina scheint eine Gabe zu haben,

gutgelaunt immer die positive Seite einer Medaille zu sehen. So antwortet sie: „Das ist doch toll, wenn die quasi zu mir nachhause kommen. Ich freue mich über bekannte Gesichter und versuche, wenn nicht gerade das Hauptgeschäft läuft, mich immer mal dazuzusetzen.“

Und all die Bürokratie, die den Gastronomen das Leben so schwer macht? Auch hier findet die energiegeladene junge Frau einen positiven Aspekt: „Da wir nun insgesamt 5 Betriebe leiten, kommt es zu Synergieeffekten, das gilt etwa für das neue Kassensystem, welches das Finanzamt verlangt, das müssen wir jetzt nicht nur für eine Gaststätte teuer kaufen.“ Wichtig ist ihr auch, dass ihre Mutter weiterhin ihren Platz im Klostermaier hat. „Die Mama“, wie sie immer ganz liebevoll bezeichnet wird, „bleibt weiterhin die Gastgeberin, denn das ist sie aus Leidenschaft, sie gibt dem Haus seine Persönlichkeit.“ Wobei das nur die halbe Wahrheit ist, denn nun hat das Haus, so der Eindruck der Autorin, eine weitere charmante Persönlichkeit hinzugewonnen. Viel Erfolg!

Wir sind dem Klostermaier insofern besonders verbunden, als hier vor 52 Jahren die SPD Icking gegründet worden ist, und wir hier im Laufe der Jahre schon manch tiefeschürfende Gespräche geführt haben.

Sie möchten sich von Ihrer Immobilie trennen?

Geben Sie sie in die besten Hände.

Wir sind ein unabhängiges und inhabergeführtes Maklerbüro mit großer Heimatverbundenheit und Wertschätzung für Immobilien entlang der Isar. Hier sind wir sowohl privat als auch beruflich zu Hause.

Stressfrei und unkompliziert das gewünschte Verkaufsergebnis erzielen? Gerne vermitteln wir auch Ihr Isardomizil.



Bettina Schauer,
geprüfte Immobilienmaklerin



Eduard Schauer, Dipl.-Ing.,
Bauingenieur und Sachverständiger



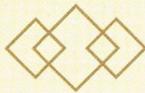
isardomizil

isardomizil gmbh
Immobilienvermittlung
im Münchner Süden
Lechnerstraße 9
82067 Schäftlarn-Ebenhausen
Tel. 0 81 78 / 99 88 47-0
mail@isardomizil.de

www.isardomizil.de | Follow



**Landgasthof & Biergarten
in Irschenhausen**



www.ritterguetl.de



**IM KLOSTERMAIER ZUHAUSE SEIN.
WIRKLICH.**

Unser familiengeführtes Hotel und Restaurant in Icking – in unmittelbarer Nähe zu Wolfratshausen – bietet Ihnen als Gast das absolute Rundum-Wohlfühl-Paket: vom Frühstück bis zum Abendmenü, vom Wellnessbereich bis zur Terrasse mit Alpenpanorama, vom Parkplatz hinterm Haus bis zum praktischen S-Bahn-Anschluss direkt nach München.

Klostermaier Hotel & Restaurant
Mittenwalder Str. 9, 82057 Icking, info@klostermaier.bayern
www.klostermaier.bayern



Lollipop

Kinder-, Damenmode & mehr

Mittenwalder Str. 4

82057 Icking

Inh. Ingrid Goetzeler
E-Mail: info@lollipop-kinder.de
Web: www.lollipop-kinder.de
Tel.: 08178/9985969

Öffnungszeiten
Mo Ruhetag
Di-Do 10-18 Uhr
Fr 9-12 Uhr & 15-18 Uhr
Sa 10-13 Uhr

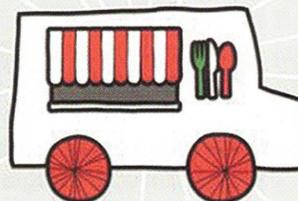
...immer lecker für Sie unterwegs

PASQUALE GRIMALDI

Koch aus Leidenschaft

GRIMALDI'S PIZZSTOP

Kapellenweg 43
82057 Icking



0176-74583248
pasquale.grimaldi@web.de

Freitags ab 17.00 h
Schulplatz in Icking
Auch für private Events

IMPRESSIONEN

Die 52-Jahre-Feier der SPD Icking



Fotos: privat



UNSERE JUBILARE

Liebe langjährige SPD-Mitglieder, mit tiefem Respekt und großer Dankbarkeit grüße ich Euch zu diesem besonderen Anlass. Und zwar insbesondere:

Gerhard Jakobi: 60 Jahre SPD (2023)

Konrad Sedlmeyer und Karin Siebert: 50 Jahre SPD (2022)

Dr. Sybille Krafft: 40 Jahre SPD (2022)

Eure jahrzehntelange Treue und Eure teils unermüdliche Arbeit für die SPD sind ein wertvoller Beitrag für unseren Ortsverein und damit zur Gestaltung unserer Gesellschaft. Ihr seid ein leuchtendes Vorbild für Engagement und politische Leidenschaft. Herzlichen Glückwunsch ... und Ihr wisst schon, dass wir auch weiterhin auf Euch bauen und zählen!

Mit herzlichen Grüßen,
Eure Beatrice (seit 6 Jahren in der SPD)

Foto: pngwing



facebook.com/spd_icking



instagram.com/spd_icking

www.spd-icking.de

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage oder folgen Sie uns über Facebook und Instagram.

Werden Sie Mitglied in der SPD Icking!

Seit ihrer Gründung vor über 150 Jahren verkörpert die SPD die Gerechtigkeit. Damals kämpften Menschen gemeinsam für die Rechte von Arbeitern. Seitdem haben sich die Probleme verlagert, heute brauchen uns die Menschen mit Ausbeuterjobs im modernen Prekariat, heute geht es um eine weltweite Gerechtigkeit und heute müssen wir uns mehr denn je um eine nachhaltige Entwicklung kümmern.

Politik bedeutet, die Probleme zu sehen, sich über Veränderungen Gedanken zu machen, Zukunftsbilder zu entwerfen und zu handeln.

In Icking können wir zwar nur im Lokalen agieren, doch wir sollten immer die großen Dimensionen im Auge behalten.

Kommen Sie zu uns, wenn es auch Ihnen wichtig ist, mitzudenken und mitzuhandeln!

Unsere nächsten Sitzungen:

2.8.2023, 6.9.2023, 4.10.2023, 8.11.2023, 6.12.2023.

Jeweils um 19.30 Uhr im Rittergütl.